

Bezugspreis:
Bietlich
Nr. 22 4.50 Mk.
bei den Postämtern
(anfalls Beilagen)
4.50 Mk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezer Zeitung

Preis der Anzeigen
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamzeile 90 Pf.
Ausgabestelle:
Ditz, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Dein.

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 2

Ditz, Montag, den 9. Februar 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen in Berlin.

Mz Berlin, 7. Febr. Die Reichsregierung hatte heute einberufene Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung. Es wurde festgestellt, daß die Angelegenheit der Auslieferung nur unter Mitwirkung des Parlaments gelöst werden könnte. Die Einberufung wird unverzüglich erfolgen, sobald die zur Klärung der Angelegenheit notwendigen Unterlagen vorliegen.

Mz Berlin, 9. Febr. In der Haltung der Regierung zur Auslieferungsfrage hat sich, wie die Morgenblätter einstimmig feststellen, nichts geändert.

Mz Berlin, 9. Febr. Die gestrigen Besprechungen zwischen den Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung und der Reichsregierung werden heute fortgesetzt. Auch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird heute nachmittag zusammentreten. Daß eine Antwort von deutscher Seite auf die mit der Auslieferungsfrage überreichte Note schon in den nächsten Tagen erteilt werde, ist unwahrscheinlich. Man wird vielmehr, wie es in mehreren Blättern heißt, abwarten, bis die Antwort der Entente auf die deutsche Note vom 25. Januar eingegangen ist, was nach der deutschen Allgem. Ztg. vor Ablauf dieser Woche kaum zu erwarten sei. In der gestrigen Aussprache der Regierung mit den Vertretern der ihr nahestehenden Parteien, trat die Ansicht in den Vordergrund, daß die Einberufung der Nationalversammlung erst dann beschlossen werden könne, wenn die Antwort der Entente auf die deutsche Note vom 25. Januar vorliege.

Verhandlungen mit der Schweiz.

Mz Berlin, 8. Febr. Wie das Berl. Tagebl. aus Bern meldet, sollen die im Dezember v. Js. abgeschlossenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz demnächst wieder aufgenommen werden.

Die Auslieferungsfrage.

Das Reichskabinett hat in mehrstündigen Beratungen die Auslieferungsfrage besprochen und hat sich dabei in vollständiger Einmütigkeit auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht in der Lage ist, seine Mitwirkung bei der Auslieferung zu bieten. Die Regierung ist fest entschlossen, passiven Widerstand gegen das Verlangen der Entente zu leisten. Alle Mitglieder der Regierung sind in der Beurteilung der Lage vollständig derselben Meinung. Gegenseitige Zeitungsmeldungen stehen im Widerspruch mit der Wahrheit. Aus den Gründen, die die Regierung in ihrer Note vom 25. Januar dargelegt hat, sieht sie sich gezwungen, die von der Entente namhaft gemachten Persönlichkeiten auszuliefern. Sie verweist darauf, daß sie schon in den kritischen Junitagen vorigen Jahres darauf hingewiesen habe, daß in dem Friedensvertragsbestimmungen, die unausführbar sind. Sie bleibt sich also nur konsequent, wenn sie bei diesem Standpunkt verharrt. Die Regierung hat durch eine offizielle Mitteilung über die Mobilisierung der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß sie unter allen Umständen entschlossen ist, an dem in der Auslieferungsfrage vom 25. Januar formulierten Standpunkt festzuhalten. Die Regierung hatte die Vorsitzenden der Fraktionen der Nationalversammlung für Samstag zu einer Besprechung eingeladen. Bei dieser Aussprache wird man sich darüber schlüssig werden, ob und wann die Nationalversammlung zusammenberufen werden soll.

Die Beratungen in Berlin. Abg. Scheidemann, der Vorsitzende des Ausschusses der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten, ist Donnerstagabend aus Göttingen in Berlin eingetroffen und hat Freitag vormittag mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen sowie mehreren Parteifreunden Besprechungen über die Lage gepflogen. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten soll Montag nachmittag zusammentreten. An demselben Tage werden wahrscheinlich auch die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten sich in Berlin versammeln. — Erzberger äußerte sich auf ein ihm aus Parteikreisen zugegangenes Telegramm, auf das bestimmt über die völlige Unmöglichkeit der Auslieferung auch nur eines Deutschen an die Gegner und fügte hinzu: „So wie ich denke, auch handelt die ganze Regierung in völliger Ueberstimmung, mit dem Willen unseres Volkes.“

Millerand und Clemenceau. Hohmann meldet, daß Clemenceau unmittelbar vor seiner Abreise nach Ägypten eine vertrauliche Unterredung mit Millerand hatte. Er habe seinen Nachfolger beiseitigen, auf die strikte Durchführung des Friedensvertrages zu dringen und sich auch in der Auslieferungsfrage unmöglich zu zeigen. Millerand antwortete Clemenceau, er bürge für die exakte Ausführung der Bedingungen des Friedensvertrages. — In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten führte Millerand auf Grund des Textes der Artikel des Friedensvertrages, die sich mit der Auslieferung der Schuldigen befassen, aus, daß das Dokument die wirksamsten Mittel an die Hand gebe, das deutsche Volk zu befreien. Er fügte bei, daß die Regierung entschlossen sei, die Durchführung des Vertrages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern.

Eine Kundgebung des Reichsrats. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats schlug vor Eintritt in die Tagesordnung der preussische Minister des Innern, Heine, dem Reichsrat vor folgende Erklärung anzunehmen: Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung deutscher an den Verband. Der Reichsrat, weit entfernt, gelegentlich fragbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Abklärung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt

die Empörung des deutschen Volkes über die Zusage des Reichsrates, ihm Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen des Verbandes für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese vom deutschen Volk angetane Schmach an den Gewissenhaftigkeit der Welt. — Die Mitglieder des Reichsrats hörten die Verlesung dieser Erklärung stehend an und bekräftigten damit ihr Einverständnis. Minister Dr. Dabst sagte im Anschluß hieran: Für die Reichsregierung ist es außerordentlich wertvoll, daß der Reichsrat als berufener Vertreter der Einzelländer geschlossen hinter der Reichsregierung steht. Es ist von größter Bedeutung, daß hier alle Stämme unseres Volkes durchaus einig sind, aus Ost und West, Nord und Süd in der Meinung sich einig sind, daß das Verlangen des Verbandes für uns, für jede deutsche Regierung, unausführbar ist. Auf dieser Einigkeit fußt die Politik der Reichsregierung, und diese Einigkeit ist es, die uns hoffentlich auch diese so überaus schwere Krise glücklich überwinden lassen und diese drohende Sache zu einem Ende führen wird, das mit der Ehre und dem Wohle unseres Landes vereinbar ist. Ich danke Ihnen, meine Herren, für diese Erklärung.

Der bayerische Landtag beschloß eine Kundgebung, in der gegen das Auslieferungsverlangen der Entente klar Stellung genommen wird. Der Landtag ist der Überzeugung, daß das ganze bayerische Volk mit ihm einig ist in dem Widerspruch gegen die Forderung der Entente, die das deutsche Volk vernichten wollen. Sämtliche Parteien schlossen sich dieser Kundgebung einmütig an.

Hessen. Finanzminister Henrich, Justizminister v. Brentano, letzterer zugleich als Führer der Zentrumspartei, die Deutschdemokratische Partei und die Deutsche Volkspartei gaben zum Teil in Unterredungen und zum Teil in öffentlichen Kundgebungen Erklärungen ab, in denen sie gegen das Verlangen der Auslieferung des ehemaligen Großherzogs von Hessen energigisch Einspruch erhoben.

Weigerung der Diplomaten. Der Deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer weist noch in Berlin. Sein Verbleiben hängt mit seiner Weigerung zusammen, nach Paris zu gehen, um dort die Note der Entente entgegenzunehmen. Aber auch keiner der anderen in Betracht kommenden Herren hat sich zu dieser Mission bereit erklärt. Die deutsche Regierung versucht nun, diesen Zustand so rasch als möglich zu beenden. — In welcher Weise die Aufrechterhaltung des Amtsbetriebes des deutschen Geschäftsträgers in Paris ausreicht erhalten werden soll, steht noch nicht fest. Deutschland ist durch die Abreise des Freiherrn v. Persner in Paris nicht nur ohne Geschäftsträger, sondern auch ohne Friedensdelegation, da die in Paris weilenden deutschen Vertreter es ablehnen, unter den augenblicklichen Verhältnissen zu arbeiten.

Eine amtliche Darstellung der Regierungsmassnahmen.

Angeichts der nunmehr bekannt gewordenen Auslieferungsliste ist es für die Klärung der Sachlage von Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Stellung die deutsche Regierung bisher in der Auslieferungsangelegenheit eingenommen und welche Schritte sie getan hat. Im Interesse der Sache haben die Schritte zum Teil der breiteren Öffentlichkeit bisher unbekannt bleiben müssen. Als der von der Reichsregierung im Juni v. J. noch in den letzten Stunden vor Ablauf des gegnerischen Ultimatums gemachte Versuch, die sich auf die Auslieferung beziehenden Artikel aus den Friedensbedingungen zu entfernen, gescheitert und die unveränderte Annahme der Ehrenklausel von uns erzwungen war, wäre es verfehlt und zwecklos gewesen, diesem Versuche etwa unmittelbar weitere amtliche Vorlesungen bei den gegnerischen Regierungen folgen zu lassen, um sie zu einem Verzicht auf die Durchführung ihrer Forderung zu bewegen. Zunächst war daher kein anderer Weg gegeben, als in nichtamtlicher Form sowohl in den neutralen wie feindlichen Ländern der Erkenntnis Raum zu schaffen, daß die Auslieferungsbedingungen für jede deutsche Regierung von vornherein außer dem Bereich der Möglichkeit liegen. Die sich für diesen Zweck bietenden Mittel sind in vollem Umfang benutzt. Zugleich ist aber schon damals versucht worden, unter der Hand der Vertrauensleute mit maßgebenden Stellen der Gegenseite Fühlung zu gewinnen, um festzustellen, welche Möglichkeiten für eine erträgliche Lösung der Frage bestanden. Jedem ein Zugeständnis schien auf der Gegenseite jedenfalls so lange ausgeschlossen, als die in erster Linie beteiligten gegnerischen Länder in ihren Parlamenten noch über die Ratifikation des Friedensvertrages verhandelten. Nachdem dann England, Frankreich und Italien im vorigen Herbst die Ratifikation vollzogen hatten und dadurch das Inkrafttreten des Vertrages in greifbare Nähe gerückt war, entschloß sich die deutsche Regierung, nunmehr in amtlicher Form an die Gegner heranzutreten und ihnen in vorbehaltloser Offenheit darzulegen, daß sie zur Bewirkung eines von den alliierten und assoziierten Mächten gestellten Auslieferungsverlangens auftrante seien und daß jeder Versuch dieser Mächte auf der uneingeschränkten Auslieferung ihrer sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Rechte zu bestehen, zu den verhängnisvollsten Folgen führen müsse. Die Reichsregierung hat mit diesem Schritt den Ministerialdirektor v. Simson betraut. Der als ehemaliger Leiter der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes einen genauen Überblick über alle mit der Durchführung des Friedensvertrages in Zusammenhang stehenden Fragen besaß. Es lag auf der Hand, daß die von ihm in Paris zu unternehmenden Demarche nur dann auf einen Erfolg rechnen konnte, wenn sie wenigstens vorläufig einen vertrau-

lichen Charakter behielt und wenn vermieden wurde, die Frage durch eine Erörterung in der breiten Öffentlichkeit für die Gegner zu einer Prestigefrage zu machen. Herr v. Simson hat in den ersten Tagen des November in Paris mit dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, dem französischen Botschafter Dutasta, und im Einverständnis mit ihm auch mit den Pariser Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, England, Italien und Japan gesprochen. Seine dem Sinne nach von der Reichsregierung vorher festgelegten Darlegungen ließen sich in folgende Sätze zusammenfassen: Nach der Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland muß die deutsche Regierung darauf verzichten, sich ihrerseits darauf zu berufen, daß sie es mit der Ehre und Würde des deutschen Volkes für unvereinbar halte, Volksgenossen, die irgendeines Verstoßes gegen die Gebräuche des Krieges beschuldigt werden, ausländischen Gerichten zur Aburteilung auszuliefern. Was aber nicht außer Betracht bleiben könne, sei die Tatsache, daß von der gleichen Auffassung die gesamte deutsche Bevölkerung ohne Ansehen des Standes oder politischer Parteizugehörigkeit erfüllt sei. Wenn die deutsche Regierung gleichwohl versuchen wolle, die Auslieferung in die Wege zu leiten, so würde sie in jeder Richtung dem stärksten Widerstand begegnen, Widerständen, die alle ihre etwaigen Anordnungen auf diesem Gebiete tatsächlich undurchführbar machen würden. Das ganze Friedenswerk werde deshalb in demselben Augenblick, wo es nach unendlichen Schwereigkeiten zustande gekommen sei, auf das allerhöchste gefährdet werden. Andererseits hat Ministerialdirektor v. Simson hervorgehoben, daß der deutschen Regierung nichts ferner liege, als die schuldigen Personen der gerechten Sühne entziehen zu wollen, und daß nach der ganzen Lage der Dinge den alliierten und assoziierten Mächten nicht zugemutet werden könne, auf die Geltendmachung ihres sich aus den Artikeln des Friedensvertrages ergebenden Anspruches schlechthin zu verzichten. Er hat deshalb den Weg angedeutet, wie die ganze Angelegenheit nach Auffassung der Reichsregierung einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung zugeführt werden könne. Dieser Vorschlag gipfelte darin, daß alle von den Gegnern eines Kriegsvergebens angeschuldigten Personen unverzüglich einem Strafverfahren in Deutschland unterzogen und daß dabei jede nur denkbare Garantie für eine unanfechtliche und unparteiische Durchführung des Verfahrens, insbesondere durch Hinzuziehung eines Vertreters des beteiligten gegnerischen Staates gegeben werden sollte. Die Besprechungen in Paris ließen zunächst einen gewissen Erfolg erkennen, da die alliierten Vertreter Verständnis für den Standpunkt der deutschen Regierung zu zeigen schienen und zum Teil sogar ausdrücklich eine Unterstützung des deutschen Standpunktes beim Obersten Rat versprochen. Die Verhandlungen wurden indes durch die gerade in jenen Tagen erfolgte Uebersetzung der bekannten Note über das Schlupprotokoll unterbrochen, das Deutschland vor der Inkraftsetzung des Friedensvertrages unterzeichnen sollte. Als Ministerialdirektor v. Simson zu den Verhandlungen über dieses Schlupprotokoll wieder nach Paris reiste, und vor weiteren Besprechungen zunächst wieder die Auslieferungsfrage zur Sprache brachte, wurde ihm eröffnet, daß der Oberste Rat den Vorstellungen der deutschen Regierung die ernsteste Beachtung habe zuteil werden lassen, daß er sich aber, wenn auch mit Bedauern, dahin habe entscheiden müssen, auf eine Abänderung der Friedensbedingungen, jedenfalls vor dem Inkrafttreten des Vertrages, nicht einzugehen. Um eine Fortsetzung der Verhandlungen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages zu erleichtern, und um vor aller Welt erneut den ersten Willen zu beweisen, schuldige Deutsche der gerechten Bestrafung zuzuführen, hat die Reichsregierung Anfang Dezember das Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen eingebracht, das von den gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommen und den gegnerischen Regierungen alsbald zur Kenntnis gebracht worden ist. Sobald sodann die durch die Uebersetzung des erwähnten Schlupprotokolls hervorgerufene Krise beigelegt und der Friedensvertrag in Kraft getreten war, hat der damalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris die Versuche, eine Einigung zu erzielen, in weitgehenden mündlichen Besprechungen mit den Vertretern sämtlicher gegnerischen Hauptmächte fortgesetzt. Ferner hat aber die Reichsregierung Ende Januar die bereits veröffentlichte Note an die Gesamtheit der Gegner gerichtet, in der sie in letzter Stunde noch einmal ihren Standpunkt zusammenfassend darlegte und einen klaren, präzisen Vorschlag zu einer wirksamen Bestrafung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen gemacht hat. Die vorstehenden Ausführungen beweisen, daß die Reichsregierung seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages nichts unberücksichtigt gelassen hat, die Unmöglichkeit der Auslieferung von Deutschen an fremde Gerichte klarzustellen und eine sowohl den tatsächlichen Verhältnissen als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerecht werdende Lösung der Angelegenheit herbeizuführen.

Deutschland.

Das deutsch-amerikanische Liebeswerk. Aus einem solchen in Deutschland eingetroffenen Briefe werden dem Demokratischen Korrespondenz die nachstehenden Zeilen mitgeteilt: Nachdem der Briefschreiber berichtet hat, daß er den Armen und Hilfsbedürftigen seiner deutschen Heimatstadt erste Geldsumme habe überweisen lassen, fährt er wörtlich fort: Hunderttausende von Deutschamerikanern tun, ihrem Mittels und reichend, das gleiche. Diese Liebesgaben haben natürlich vorerst den Zweck, der Not zu steuern, aber es liegt ihnen noch ein anderes Motiv zugrunde, nämlich den Beweis zu liefern, daß es auch außerhalb der deutschen Grenzen noch Herzen gibt, die warm für das große Volk, das sich von Gott und aller Welt verlassen glaubt, schlagen. Dieses Bewußtsein

Ich den Empfängern und wohl auch allen anderen ein Trost sein und so zur Stärkung des moralischen Haltes, dessen das Volk jetzt so sehr bedarf beitragen.

Die Abkist der Höchstmietenverordnung.

Es wird aus dem Ministerium für Volkswohlfahrt geschrieben:

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt in ihrer Nummer 1 vom 1. Januar 1920 unter der Überschrift: „Häuserverfall und Höchstmieten: Die Häuser befinden sich vielfach in einem bedenklichen Zustande des Verfalls. Ist die letzten durchgeführten Reparaturen jahrzehntelang vor dem Kriege gemacht. Während des Krieges konnten auch keine Reparaturen vorgenommen werden. Nach dem Kriege sind von den Einigungsämtern teilweise ganz erhebliche Steigerungen für die Unterhaltung der Häuser bewilligt worden. Diese Steigerungen sind aber meist — wie schon im gestrigen Abendblatt angedeutet — nicht für die Unterhaltung der Häuser, sondern zur Erhöhung der Grundstückspreise durch Verkauf oder erhöhte Belastung verwendet worden. Der Deutsche Städteverband verlangt deswegen, daß die Veräußerung von Grundstücken an die Genehmigung der Gemeindebehörden gebunden werden soll. In einer Eingabe des Städteverbandes an das zuständige Ministerium heißt es, daß „in den Städten Verfallungen im Gange sind, um die nur den letzten Mietsteigerungen beruhenden Erhöhungen der Grundstückspreise im Wege weiterer Hypothekbelastung und namentlich im Wege häufig wiederholter Grundbesitzwechsels herauszuziehen.“

Nach hiergegen wird die zur Bekämpfung der Mietwucherers erlassene Höchstmietenanordnung Abhilfe schaffen. In dem zu ihr ergangenen Ausführungs-Erlaß wird betont, daß ein noch so hoher, den Vermietern zugewilliger Prozentsatz für die Unterhaltung der Häuser und Wohnungen erfahrungsgemäß nicht die tatsächliche Unterhaltung durch die Vermieter gewährleistet und daß es deshalb richtiger sei, in Fällen, in denen die Vermieter nachgewiesenermaßen mit der Höchstmiete nicht auskommen, den Vermietern wegen tatsächlich ausgeführter Reparaturen, oder wegen Reparaturen, deren Ausführung beabsichtigt ist, besondere auf einen bestimmten Zeitraum fest beschränkte Zuschüsse unter Garantie für die Verwendung zu Reparaturen zuzugestehen, als weitere Mietsteigerungen, die zwar die Erhöhung der Bodenpreise, aber nicht die Unterhaltung der Häuser bewirken. Abgesehen davon, daß nur die Höhe der Erhaltung des in den Häusern angelegten Kapitals zielt, nicht sein Verfall, wie die Hausbesitzerorganisationen behaupten, spricht für dieses Verfahren auch der weitere Umstand, daß infolge des Standes unserer Valuta die aus dem Ausland zu beziehenden Rohstoffe außerordentlich teuer sind. Werden die gegenwärtigen Preise für diese bei den Mietsteigerungen jetzt voll berücksichtigt, wird der augenblicklich ungünstige Stand unserer Valuta dauernd in den Bodenpreisen verdinglicht.

Welchen Zuständen wir entgegenstehen würden, wenn gegen die unproduktiven Mietsteigerungen nicht eingeschritten wird, lehren deutlich die Verhältnisse nach dem Kriege 1870-71. Auch damals gab es eine Wohnungsnot, wenn sie auch an Umfang mit der jetzigen nicht vergleichbar ist. In den Jahren 1870-75 nahm die Verschuldung des alten Hausbestandes in Berlin infolge des durch die Wohnungsnot hervorgerufenen Steigens der Mieten um rund 700 Millionen zu, während Neubauten nur etwa 25 bis 30 Millionen zusetzten. Derselbe Vorgang würde sich jetzt wiederholen, nur in ganz anderem Umfange, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden. Diese sind, wie die Eingabe des Städteverbandes beweist, dringend notwendig. Denn das uns in Zukunft zur Verfügung stehende Kapital muß Neubauten, vor allem auf dem Lande, zugeführt werden, nicht der weiteren unproduktiven Verschuldung des städtischen Hausbestandes, die eintreten würde, wenn weiterhin Mietsteigerungen zugelassen werden, die zwar für die Unterhaltung bewilligt, aber tatsächlich nicht für die Verwendung werden. Auf Neubauten findet bekanntlich die Höchstmietenanordnung keine Anwendung.

Vermischte Nachrichten.

Ein merkwürdiger Valutagewinn. Von der deutsch-schweizerischen Grenze wird folgendes berichtet: Ein badischer Grenzbesitzer war im Jahre 1918 wegen Schmuggels von der schweizerischen Grenzpolizei verhaftet und nachträglich gegen eine Kaution von 5000 Franken wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Für die 5000 Franken zahlte er damals 7500 Mark. Die Angelegenheit zog sich in die Länge und endete erst kürzlich mit der Verurteilung des Angeklagten zu 3000 Franken Buße, wozu noch etwa 300 Franken Gerichtsgebühren hinzukamen. Der biedere Schmuggler erhielt demgemäß vor einigen Tagen den Restbetrag seiner Kaution mit 1700 Franken ausbezahlt, für die er auf der Bank über 24000 Mark einwechselte! Reingewinn demnach 16500 Mark.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. **Brandenburg, 7. Febr.** Die Erben Graf Engel haben einige Grundstücke versteigert; bei dieser Gelegenheit wurden für Altland, gelegen 1,5-2 Kilometer östlich der Stadt, im nördlichen Teil der Mitte zwischen Brandenburger und Verdragsheim, folgende Preise erzielt. Dort stellte sich die höchste Miete auf 112, 141, 150, 153, ja in einem Falle 174 Mark. Eine schiefe Wiese am Wege nach Ems kam pro Acker auf 30 Mark, ferner ist bemerkenswert der Preis eines kleinen Ackers, gelegen auf dem Wege, der pro Acker 41 Mark eintrug. Der Vater der Erben, ein Bergmann, hatte die Grundstücke früher billig bei seinem Bedenke erworben können, ebenso ein kleines Häuschen, das zu 9000 Mark versteigert wurde. Der gesamte Grundbesitz ergab jetzt einen Versteigerungserlös von annähernd 22000 Mark.

2. **Börsen, 6. Febr.** Der große Bergbau, der, wie bereits gemeldet, eine Anzahl Häuser schwer bedroht, nimmt immer gefährlichere Formen an, sodaß täglich mit dem Eintritt der Katastrophe gerechnet werden muß. Einige abgebrannte Gebäude haben einzelne der 20 geräumten Häuser schon schwer beschädigt. Immer gewaltiger werden die Risse. Wenn der Hauptabsturz kommt, ist mit Sicherheit die vollständige Verwüstung der bedrohten Häuser zu erwarten. Man hofft bestimmt, daß der Staat der Gemeinde bei dem schweren bevorstehenden Unglück finanziell in weitem Maße hilft.

3. **Frankfurt a. M., 7. Febr.** Ein Kaufmann in Marstall übermittelte Magistratsrat Dr. Maier nach einem in Marstall gehaltenen Vortrag über die deutsche Wohlfahrtspflege 100 000 Mark für die Frankfurter Kindererholungs-Anstalt. Mit der Summe soll ein Kindererholungsheim gegründet werden.

Aus dem Unterlahnreife.

4. **Marxer Proß** ist am Sonntag morgen eingetroffen, der namentlich die Beziehungen mit einem leichten weißen Nachschleier überzog. Überall die Herrlichkeit paarte sich ein wolkenloser blauer Himmel. Da war es kein Wunder, daß die Luft sich zum Freuen zu erheben, in diesen Menschen erwachte. Namentlich aus den Städten heraus wanderten Jung und Alt ins Freie, um den durch das Strohbedeckten am Werttage gedachten Jungen gesunde frische Luft zuzunehmen. In den Mittagstunden war dort, wo die Sonne ihre leuchtenden und wärmenden Strahlen senden konnte, von der Kälte kaum etwas zu merken. Am Abend funkelten dann die Sterne in aller Pracht vom Firmamente, ein Zeichen, daß die Kälte wohl noch anhalten wird. Es bewahrheitet sich aber das alte Wort: „Wenn die Tage kalten, kommt der Winter gegangen.“

Aus Ems und Umgegend.

5. **Die Glöckentage.** Die gestrige Sitzung des Kirchenvorstandes und der Kirchengemeindevertretung war nicht beschlußfähig. Es ist sehr bedauerlich, daß selbst eine Tagesordnung von solcher Wichtigkeit nicht imstande ist, alle Mann auf den Fuß zu rufen. Es konnte also kein Beschluß gefaßt, sondern nur „beraten“ werden. Bei dem Punkt: Wechsel des Kirchenrechners nahm der Vorsitzende die Gelegenheit wahr, dem von hier nach Ems verziehenden bisherigen Rechner „Hilfher“ warme Worte wohlwollender Anerkennung zu sagen. Er habe in den nun 10 Jahren seiner Amtstätigkeit die Kirche mit musterhafter Treue verwaltet und ohne sie nun wohlgeordnet seinem Nachfolger übergeben. Gute Wünsche folgen dem Schiedenden für sein ferneres Wohlergehen. Die „öffentliche Versammlung“, die in der Zeitung und in dem Volksmissionstagesblatt angekündigt worden war, erstreckte sich des Besuchs von sage und schreibe 8 Gemeindegliedern. Sollte wirklich so wenig Interesse für unsere Glöckentage in der Gemeinde vorhanden sein? Das wäre natürlich das Ende der Anschaffung vor ihrem Anfang. Denn die Beschaffung der Glöckchen hängt von der Größe der Mittel ab, die die Gemeinde-

glieder jetzt zur Glöckchenbeschaffung beizutragen und dazu bereit sind. Es handelt sich um folgende Möglichkeiten: 1. Wir bestellen 3 Gussstahlglocken im Wert von 31, 21,5 und 14 Centner. Sie würden mit Frost, Montag und dem Umbau des Glöckchens 50 000 Mark kosten. Der Umbau würde nötig, weil Stahlglocken nur gut klingen, wenn sie groß sind, und weil der Glöckchenbau den Raum jetzt nicht voll ausnützt. Der Umbau würde nicht teuer werden (höchstens 4000 Mark gegen 10-12 000 der Neubeschaffung), da er durch „das Wert“ gegeben würde, das auch den alten Stuhl gekostet hat. 2. Wir bestellen: 3 Bronzeglocken, die stellen das alte Geläute wieder her. Preis 180 000 Mark. Dieser Plan fällt wohl von selbst aus wegen der ungeheuren Schuld, mit der die Gemeinde belastet werden müßte. 3. Wir begnügen uns mit der Neubeschaffung von 2 Bronzeglocken, die mit der noch vorhandenen, früher kleinsten Glocke ein annehmbares Geläute geben würde. Preis etwa 110 000 Mark. Es ist keine Frage, daß an sich Bronzeglocken besser klingen, als Gussstahlglocken. Die Mischung von Kupfer und Zinn ist einmal das ideale Metall für die „ehernen Stimmen aus der Höhe“. Aber es ist gegenwärtig so unendlich und unheimlich teuer, daß seine Verwendung nur ganz leistungsfähigen und leistungswilligen Gemeinden möglich ist. Es war offenbar die Absicht der meisten Anwesenden, unsere Gemeinde Ems gehörte zu diesen Ausnahmestädten, denn es wurde mit großer Mehrheit der Wunsch ausgedrückt, Bronzeglocken zu beschaffen, aber vielmehr deren Beschaffung ins Auge zu fassen. Die Glöckchenbeschaffung sollte sofort begonnen werden. Eine Anzahl der anwesenden Herren erklärte sich bereit, mit einem Einzeichnen von Haus zu Haus zu gehen. Man wird versuchen, nicht nur größere Summen für den Ankauf zusammen zu bekommen, sondern auch die Zeichnung regelmäßiger, jährlicher Beiträge zur Verzinsung und Amortisation des Glöckchens zu erlangen. Da als Geld der Ablieferung des Glöckchens 11 000 Mark vorhanden sind und die vorhandene Bronzeglocke beim Verkauf mindestens 10 000 Mark ergeben würde, so müßten durch Spenden und Anleihe im Falle 1: 29 000 Mark, im Falle 2: 169 000 (die vorhandene Glocke könnte dann nicht verkauft werden), im Falle 3: 99 000 Mark aufgebracht werden. Und dabei ist bisher nur die eine Kirche, die Pfarr-, als Mutterkirche berücksichtigt. Sollte auch die Kaiser-Wilhelm-Kirche mit Geläute versehen werden, (ist dann nur 2 Glocken) so erhöht sich die genannten Summen um rund 20 000, bzw. 85 000 und 42 000 Mark. (Wenn die Bronzeglocken der Pfarrkirche im Ton zu der noch vorhandenen Glocke der Kaiser-Wilhelm-Kirche klingen, was festgestellt werden wird, so könnte die „dritte“ aufgehängt werden, es fließt dann der 3. Posten bis auf einen kleinen Rest weg. Diese ist also Schavaria. Erreichbar erscheint ein Gussstahlglocke. Das wäre nicht das Ideal, aber besser als nichts. Und man hat gut gehört, daß große Gussstahlglocken, z. B. die des Christuskirche in Woburn, nicht nur gut, sondern ausgezeichnet klingen. Auch die Kirchengemeinde in Wiesbaden steht vor dem Abschluß des Vertrags mit Bochum. Damit wir aber sicher gehen, wird uns von Bochum, der nächste Ort namhafte gemacht werden, an dem sich Glöckchen befinden, wie wir sie bekommen sollen. Eine Kommission wird sich dort überzeugen, wie sie klingen. Damit die Frage weiter geklärt wird, soll am Freitag abend bei Eisfelder eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der die Angelegenheit nochmals ausgiebig besprochen werden soll. Nur wenn die Glöckchenbeschaffung von dem Interesse der ganzen Gemeinde getragen wird, kann etwas daraus werden. Dann soll auch schon ein Ueberblick über den Betrag des bis dahin gezeichneten Teils der Glöckchenbeschaffung gegeben werden. Wir bitten also herzlich, sich mit möglichst großen Beträgen an der Spende zu beteiligen, damit wir möglichst bald von dem armen Gedimmel unseres ehemaligen Glöckchens erlöst werden.

Aus Nassau und Umgegend.

6. **Feuerwehreinrichtungen.** An das Ortsfeuerwehrein sind neu angeschlossen worden: Schrauben- und Nutzwerte, Feuer und die unter Nr. 4, desgl. Heint. Hofmann 2. in Eingeweiht unter Nr. 91 und Metzgermeister Paulus unter Nr. 94.

7. **Die Postkassette** sind vom 9. Februar ab an Nachmittagen wieder bis 6 Uhr geöffnet. Durch Aufnahme des unmittelbaren Verkehrs mit dem unbefestigten Gebiet ist eine wesentliche Verbesserung in der Verbesserung städtischer Postverbindungen sowie eine schnellere Abwicklung des Telegramm- und Fernsprecheverkehrs eingetreten. Die Einrichtung weiterer

St. Peter.

Eine Reisegegeschichte von Hedwig Lange.

12 Nachdruck verboten

8. Kapitel.

„Sie träumt die ganze Nacht von ihrer Mutter, und wenn sie erwacht, ist ihr Kissen naß von Tränen. Gegen Morgen aber spinnst sie ein andersartiger, friedlicherer Traum ein. Sie träumt, daß sie mit dem Liebsten Arm in Arm daheim in ihrem Garten am Ufer des Schloßflusses steht und die Sonne in das Wasser untertauchen läßt, und bei diesem einfachen, fast täglich beobachteten Naturschauspiel, das sie zum ersten Male an seiner Seite mit dem Bewußtsein, auf ewig eins mit ihm zu sein, genießt, hat sie eine Wärme ohne Gleichen, eine friedvolle, überirdische Glückseligkeit hinausgehende Empfindung gehabt. Ihre erste Lebensregung, nachdem sie sich ermuntert, ist ein tiefer Seufzer: Daß es nicht sein kann! Der scharfe Zwiespalt zwischen ihrer Liebe und ihrer vermeintlichen Pflicht steht, wie an jedem neuen Morgen, von neuem scharf und quälend ein.“

Und als sie dann völlig wach und sich besinnend, was sie vor hat, auf ihrem Bettende liegt, ruft der erste Blick auf die uneröffnete Geburtstagskiste auf dem Tische dort auch die Erinnerung an das gestrige Erlebnis in ihr wach. Welch ein seltsamer Geburtstagsmorgen dies ist, selbst und traurig! Niemand würde ihr Glück wünschen, niemand ihr Blumen bringen.

Trotz der unruhigen Nacht hat sich Ilse nicht verschlafen, punkt fünf Uhr, wie sie es sich vorgenommen, steht sie fertig auf dem Fuß. Als sie an der Tür von Nr. 8, hinter welcher, wie sie weiß, Helldorf wohnt, vorübergeht, überkommt sie eine heiße, zärtliche Aufwallung. Sie bleibt einen Augenblick stehen; ihre Hände fallen sich unwillkürlich, und alle ihre Empfindungen fließen zusammen in ein einziges starkes Liebesgefühl für den, der da drinnen schlummert.

Leise schleicht sie dann, um das noch in tiefem Frieden liegende Haus nicht zu stören, die weißgeschuhte Treppe nach dem Gastzimmer hinunter, wo ein verschlafener aussehendes Mädchen den Fußboden leert. Sie ist bescheiden genug, sich um der geringen Mühe willen nur eine Tasse Milch auszugeben.

„Das prophezeien Sie mir für Mutter, Peter?“ fragt

„Sie während des hastigen Frühstückens das Mädchen, das nach der Unterbrechung an seine Tätigkeit zurückgekehrt ist und trägt den Beinen rührt. Das wendet den Blick nach der offenstehenden Tür, zuckt die Achseln und meint phlegmatisch, das könnte man so früh noch nicht sagen. Es könnte schön, es könnte schlecht werden; aber größere Wahrscheinlichkeit sei für gutes Wetter, da es Vollmond sei.“

Ein weißlicher Dunst liegt über der Landschaft, der nur die nächste Umgebung erkennen läßt, aber die er Dunst hat etwas Schimmerndes, fast Durchsichtiges, als wenn die Sonne wie ein netzlicher Robo d hinter dem Vorhang stünde und im nächsten Augenblick den Kopf hindurchstecken und die Welt anblenden würde.

Ilse schreitet zuerst auf dem ihr wohlbekannten und viel begangenen Waldpfade dahin. Feuchte Kühle steigt noch aus den mit Brombeergebüsch und Farn bewachsenen Bodenentfernungen links und rechts von ihrem Wege, daß es sie lebhaft durchschauert. Die ersten Vogelstimmen werden eben wach, neben diesen zarten Lauten ertönt das Plauschen des Auenwassers als einziges Geräusch in die feierliche Morgenstille des Waldes.

Die erste Wanderstimmung, jenes Frohgefühl, das sie bei ihrer ersten Einfahrt in St. Peter beherrscht hat, will in diesem heute nicht in Ilse auskommen. Ihre Seele ist ganz und gar erfüllt von den traurigen Vorstellungen, welche die Reichte ihrer Mutter in ihr hervorgerufen hat. Aber in der Stimmung ist ein anderes Element hineingekommen: Die scharfe Partei istleitet, welche sich stets auf die Seite der Mutter gestellt und die Gestalt des Vaters als die eines Barbaren aus ihrer kindlichen Liebe gestrichen hatte, ist einer milden Verhältnishaft gewichen. Er ist ihr auf einmal menschlich näher gerückt. Sie empfindet auf einmal auch Mitleid für ihn, der ja auch gelitten, dessen Leben nach der Erzählung des Freundes auch ein zerstörtes gewesen. Es will ihr scheinen, als flöße alles Ende aus der Unruhe und Gebundenheit der See ein, aus einer falschen Schamhaftigkeit, die sich schämt, ihre besten und tiefsten Empfindungen dem andern zu enthüllen. Warum sprach die Mutter nicht zur rechten Zeit? Warum entkräftete sie nicht die furchtbare Beschuldigung mit einer rücksichtslosen Offenbarung ihrer innersten Vorgänge?

Man hat sie selbst oft im Scherz „Mimose“ genannt. Wie sehr paßte diese Bezeichnung auf die unglückliche Mutter! Die war an dieser fränkischen Verschlossenheit zugrunde gegangen.

Und ist sie selbst nicht ebenfalls auf dem Wege, sich unglücklich zu machen? Zum ersten Male betrachtet sie ihr Verhalten gegen Helldorf von einem freieren Standpunkte. Es kommt ihr auf einmal zum Bewußtsein, daß sie sich gegen ein Himmelsgeschenk undankbar benimmt, daß sie sich vor dem warmen Sonnenchein in das dumpfe Verlies ihrer Vorstellungen und Einbildungen verfrachtet. Ein Verlangen nach Wärme, Liebe, Menschen zieht mächtig durch die einsam ihres Weges Wandernde.

Spindelmühl liegt vor ihr, das fleckige Gebirgsdörfchen an der Mündung des Auenwassers, das, weil es die Berge minder eng umschließt, als das benachbarte St. Peter, sich behaglicher auszuweiten vermag als dieses und daher auch einen weniger ernsten, abgeschlossenen Eindruck macht. Der von Jahr zu Jahr zunehmende Fremdenverkehr trägt zu seiner Behaglichkeit bei; manch schmuckvolles Villa, manch stattliches Hotel, das sich zwischen den einfachen Häusern und Häuschen erhebt, legt Zeugnis von seinen Beziehungen zur Außenwelt ab.

Als Ilse in die einzige Straße des Ortes einbiegt, die dem Auenwasser zuführt, an dem ihr Weg weiter entlang läuft, erhebt sich von einer Bank, auf der er sichtlich wartend gesessen, Kurt Helldorf.

Bei seinem Anblick ergeht es dem Mädchen wie immer in solchem Falle. Mochte sich ihre Seele noch eben nach ihm gesehnt haben, sieht sie sich ihm persönlich gegenüber, hält sich ihr äußerer Mensch sogleich in das Gewand der Abwehr.

„Sie, Herr Leutnant?“ fragt sie fremd. „Wie kommen Sie hierher und zu einer so frühen Stunde?“

„Ja, sehen Sie, Fräulein Ruhland,“ gibt er munter zur Antwort, „wenn es die Sache lohnt, können auch andere Leute früh aufstehen.“

„Was haben Sie denn vor?“ Ilse will abichtlich nicht verstehen.

„Nichts Geringeres, als mich Ihnen auf Ihrer geplanten Tour, die übrigens meinen vollsten Beifall hat, anzuschließen.“

„Wer hat Ihnen meine Absicht verraten?“ stößt Ilse erregt hervor. Trotz der geringen Aufmunterung, die in diesen Ton liegt, gibt Helldorf in ungehörter Gemüthlichkeit zur Antwort:

Fortsetzung folgt.

18